

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



Zerissene Hoffnung auf einen Waffenstillstand?

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

EDITO

Liebe Leserin, lieber Leser,

Ein «Gutes Neues Jahr» zu wünschen, finde ich im Moment unpassend – was ist schon gut? Wo liegt heute die Grenze zwischen Gut und Böse? Was wir brauchen ist MUT. So wünsche ich uns allen ein «Mutiges Neues Jahr». Mut zum Ungehorsam. Mut, sich nicht unterzuordnen. Mut, um diejenigen zu unterstützen, die sich gegen die masslose vernichtende Gewalt auflehnen.

Palästinenser-innen, die die mörderischen Taten der Hamas verurteilen; Israelis, die gegen die grausame Kriegsführung ihrer Machthaber protestieren. Russinnen, die auf die Strasse gehen, um für die Rückkehr ihrer Männer, Brüder und Freunde aus dem Krieg zu demonstrieren.

Wir hier riskieren nichts, wenn wir uns tagelang, wochenlang und inzwischen seit Monaten über die Vorgangsweisen der verschiedenen Lager aufregen, Partei ergreifen,

debattieren. Wir warten nicht wie die Menschen dort mit Angst und Bangen auf die Freilassung eines uns lieben Menschen aus der Geiselhafte. Wir müssen nicht unsere Kinder tot aus den Trümmern bergen, die einmal unser Haus waren.

Und auf das einzige Risiko hin, dass womöglich Einzelne den Archipel abbestellen, schreibe ich: Keine Regierung und keine Organisation hat das Recht, Menschen umzubringen, nur weil sie auf der ande-

ren Seite einer Grenze leben, eine andere Religion, eine andere Geschichte haben. Keine Geschichte rechtfertigt es, unschuldige Kinder und Erwachsene massenweise zu töten. In keinem Land! Freilich ist es wichtig, die Tatsachen und Hintergründe zu sehen und zu durchleuchten, um so gewisse Zusammenhänge verstehen zu können. «Die Geschichte» – immer weitergetrieben – wird jedoch vornehmlich auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen. Und logischerweise versuchen die Machthaber-innen und die nach Macht Strebenden, die Menschen für ihre Interessen zu gewinnen, ohne ihnen jedoch ihre menschenverachtende Strategie zu verraten, im Zuge derer sie dann vertrieben und entwurzelt werden.

«Das grösste Böse ist nicht radikal, es hat keine Wurzeln, und weil es keine Wurzeln hat, hat es keine Grenzen, kann sich ins unvorstellbare Extreme entwickeln und über die ganze Welt ausbreiten, » schrieb Hannah Arendt. Wie Recht sie hat!

Versuchen wir, radikal zu sein, uns auf das Gute in uns zu besinnen. Bringen wir den Mut auf, mit aller Kraft gegen den Strom der Kriegshetze zu schwimmen.

Constanze Warta

Dick Marty (1945 - 2023)

Unser Freund Dick Marty ist am 28. Dezember mit 78 Jahren an einem Krebsleiden gestorben. In seiner langen Karriere war er Staatsanwalt des Kantons Tessin, Regierungsrat und Ständerat desselben Kantons sowie Abgeordneter der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, für den er mehrere spezielle Untersuchungen durchführte: über die illegalen CIA-Gefängnisse in Europa nach dem 11. September 2001 und den Organhandel im Kosovo. Er war unbequem und unbestechlich, wenn er solche heissen Eisen anpackte. Zuletzt stand er unter Polizeischutz wegen eines Mordkomplotts serbischer Kreise gegen seine Person.

Wir lernten Dick Marty persönlich kennen, als wir 2012 zusammen in die Ukraine reisten. Wir hatten ihn angefragt, die Laudatio für die Übergabe des Schweizer Menschenrechtspreises «Offene Alpen» zu halten. Er sagte spontan zu. Der Preis ging damals an das «Komitee für medizinische Hilfe in Transkarpatien» (CAMZ), um dessen Flüchtlingsarbeit in einem sehr schwierigen Umfeld zu unterstützen. Auf unserer gemeinsamen Reise in die Ukraine ist eine anhaltende Freundschaft zwischen uns entstanden. Mit Dick Marty haben wir einen engen Freund und Mitstreiter verloren, der nur nach seinem Gewissen und mit klaren Fakten für Wahrheit und Gerechtigkeit kämpfte. Wir vermissen ihn sehr.

Michael Rössler, Claude Braun und Hannes Reiser
für das Europäische BürgerInnen Forum und den Freundeskreis Cornelius Koch



Dick Marty, ganz rechts stehend, beim Abschlussbild nach der Preisübergabe «Offene Alpen» an das CAMZ in Uschhorod im März 2012. Der Menschenrechtsaktivist Maxim Butkewitsch, der sich heute in russischer Gefangenschaft befindet, war auch dabei: zweiter von links, in der Hocke.

UKRAINE

Brief aus der Ukraine

Wiederum möchte ich, nach längerer Zeit, einige Informationen und Gedanken aus der Ukraine mit euch teilen. Es geht mir darum, ein paar grundsätzliche Tatsachen zu vermitteln, aber auch meine subjektiven Eindrücke wiederzugeben.

Schon im Sommer und spätestens im Herbst 2023 mussten wir uns mit der schrecklichen Vorstellung abfinden, dass dieser Krieg noch lange andauern wird, wahrscheinlich Jahre. Der Oberbefehlshaber der ukrainischen Armee, Waleri Saluschny, gab kürzlich in einem Interview zu, dass er die russische Hartnäckigkeit unterschätzt habe, grenzenlos Infanteriesoldaten in Angriffen zu opfern, die

hierzulande als «Fleischangriffe» bezeichnet werden. Die Verluste an Menschenleben sind kolossal, aber das scheint keine Rolle zu spielen. In der Nähe der Stadt Awdijiwka, unweit von Donezk, sollen die Russen im November täglich mehr als tausend Mann verloren haben, und das Gemetzel hält an. Neben Schwerverbrechern, die aus den Gefängnissen an die Front gebracht und nach sechs

Monaten Kriegsdienst begnadigt werden, gibt es auch eine unerschöpfliche Zahl armer Kerle aus entfernten russischen Provinzen, die davon träumen, ihre Schulden mit dem Sold der Armee zu begleichen. Für viele von ihnen erweist sich diese Entscheidung als fatal. Ich glaube, dass Saluschny mit dem Interview vor allem seine Soldaten vor den wunschgelenteten Fehleinschätzungen von Politiker:innen und Medien sowohl in der Ukraine als auch im Ausland schützen wollte. Die Erwartungen an die «grosse Gegenoffensive» waren offensichtlich zu hoch und ignorierten die Tatsache, dass sich die Russen bereits seit fast einem Jahr auf diese vorbereiteten¹

Das allmächtige Präsidialamt in der Kiewer Bankova-Strasse reagierte verärgert auf Saluschnys Interview. Das lässt sich gut aus einer Umfrage von Anfang Dezember erklären: Binnen eines Jahres ist das Vertrauen der ukrainischen Bevölkerung in den Präsidenten von 84 auf natürlich immer noch beachtliche 62 Prozent gefallen; Saluschny hält sich hingegen bei 88 Prozent! Das Vertrauen in die ukrainische Armee liegt unverändert bei 96 Prozent. Die Drahtzieher in der Bankova befürchten, dass Saluschny bei nächster Gelegenheit von der Armee in die Politik wechseln könnte.

10 Jahre nach dem Maidan

In diesen Tagen erinnern wir uns in der Ukraine an den Maidan vor genau zehn Jahren. Dieser dreimonatige Aufstand war das grosse (und schmerzhaft) Aufwachen der ukrainischen Gesellschaft, ein kollektiver Bewusstseinswandel. Am Ende floh der Präsident-Diktator nach Russland; dieses besetzte daraufhin die Krim und begann den Krieg im Donbas. Wer den Maidan in seiner ganzen Komplexität nicht versteht, versteht auch den heutigen Krieg nicht. Die Schwierigkeit für uns westliche Linke besteht wahrscheinlich darin, dass ein Volksaufstand mit einem Schulterschluss zwischen praktisch allen politischen Strömungen und Ethnien nicht in unsere seit dem 19. Jahrhundert verkrusteten Denkmuster passt. Kaum jemand kann sich vorstellen, gemeinsam mit weltanschaulich völlig anderen Menschen seine Nächte auf Barrikaden zu verbringen und notfalls auch sein Leben zu riskieren, um ein verbrecherisches Regime von der Macht zu verjagen.

Dabei habe ich Freunde im Westen, die weiterhin davon überzeugt sind, dass der ukrainische Nationalismus die Ursache für alle Probleme in unserem Teil der Welt ist. Die Tatsache, dass sowohl am Maidan als auch jetzt in den ukrainischen Schützengraben mindestens so viel Russisch wie Ukrainisch gesprochen wird, verdrängen sie lieber. Diejenigen unter uns (hier in der Ukraine), die die westlichen Medien verfolgen, hören natürlich die Stimmen, die zu Friedensverhandlungen aufrufen. Doch ohne die Befreiung der besetzten Gebiete ist so ein Vorschlag nicht einmal ein Achselzucken wert. Sollte die Unterstützung des Westens deutlich abnehmen (z.B. nach einer Wiederwahl von Donald Trump), wird dies wahrscheinlich zu einem faulen Waffenstillstand wie während der Besetzung des Donbas von 2016 bis 2022 führen, aber nicht zu einem Frieden. Dieser

wird noch mehr Leid für die Zivilbevölkerung mit sich bringen; die besetzten Gebiete werden sich noch mehr in rechts- und gesetzlose Territorien verwandeln, die von Kriminellen beherrscht werden und wo die Bevölkerung der absurdesten Willkür ausgeliefert sein wird, so wie sie es jetzt schon ist.

Das Schwarze Meer

Ist Euch aufgefallen, dass kaum noch jemand über eine Hungersnot in Afrika spricht, die durch den Stopp der Getreideexporte aus der Ukraine verursacht werden könnte, und dass auch das Getreideabkommen mit Russland kein Thema mehr ist? Dafür gibt es mehrere Gründe. Ein Hauptgrund ist, dass die ukrainische Armee der russischen Marine in den letzten Monaten so grosse Verluste zugefügt hat, dass diese das Schwarze Meer nicht mehr kontrolliert, zumindest nicht die Gebiete in der Nähe der rumänischen und bulgarischen Küste. Dies ist für unsere südlichen Regionen (Odessa, Mykolajiw) und die gesamte Ukraine sehr wichtig, da die russische Marine nicht mehr in der Lage ist, Raketen aus dem Schwarzen Meer abzufeuern. Und für den Getreideexport ist das sehr wichtig, da nun ein Schifffahrtskorridor nahe der rumänischen und bulgarischen Küste gesichert wurde und Schiffe wieder ukrainischen Weizen und Mais zum Bosphorus und weiter transportieren können. Dennoch soll demnächst auch in Transkarpatien, wo ich lebe, ein Getreideterminal gebaut werden, um den Landtransport effizienter zu gestalten. Ende November fuhr ein Getreidefrachter im Schwarzen Meer auf eine Mine, was die Versicherungsprämien sprunghaft ansteigen liess, und das hat logischerweise Auswirkungen auf die Getreidepreise. Gleichzeitig sieht man an der Grenze zu Rumänien lange Schlangen von Lastwagen, die mit Agrarprodukten beladen sind.

Ein langer Krieg

Natürlich wollte anfangs niemand an einen langen Krieg denken. Nach der Ausrüstung und den Vorräten zu urteilen, welche die russischen Elitetruppen beim Vormarsch auf Kyiw mit sich führten, dachten Putin und seine Handlanger, dass sie unsere Regierung nach wenigen Tagen durch eine Marionettenregierung ersetzen würden. Umgekehrt würde ich das, was zu diesem Zeitpunkt in unseren Köpfen vorging, nicht als «Denken» bezeichnen. Die Männer und Frauen, die sich Ende Februar 2022 freiwillig zur Armee meldeten, dachten auf keinen Fall daran, auch fast zwei Jahre später noch an der Front zu stehen. Viele von ihnen starben oder wurden verstümmelt, andere wurden von den Russen inhaftiert. Wir machen uns grosse Sorgen um unseren Freund Maksym Butkevych, einen Menschenrechtsverteidiger, der seit 18 Monaten in Kriegsgefangenschaft ist. Nachdem er im August vor dem Berufungsgericht gestanden war, verschwand er während drei Monaten. Vor ein paar Tagen hat ihn sein Moskauer Anwalt zum Glück wieder in einem Gefängnis in der besetzten Oblast Luhansk ausfindig machen können. Schätzungen berichten von derzeit etwa 7000 ukrainischen Kriegsgefangenen. Seit Beginn des Krieges wurden 2000 von ihnen ausgetauscht, aber seit dem letzten Sommer gab es keinen Austausch mehr. Die-

jenigen, die freigelassen wurden, berichten von Misshandlungen, Folter und dem Mangel an allem. Der ukrainische Ombudsmann zählt ausserdem 28.000 von Russland verschleppte Zivilisten, darunter viele Kinder.²

Andere Realitäten

Es gibt auch die anderen, diejenigen, die sich nicht vorstellen konnten, ein Gesellschaftsmodell, die Freiheit oder ganz einfach den Ort, an dem ihre Familien leben und Vorfahren lebten, zu verteidigen. Die Dörfer in Transkarpatien³ sind von ihrer männlichen Bevölkerung entleert. In dieser Region mit ihrer langen Tradition der saisonalen Migration hatten viele «Lunte gerochen» und waren vor dem Krieg in eines der Nachbarländer ausgereist, wo es chronisch an Arbeitskräften mangelt. Im Laufe der Monate liessen viele von ihnen ihre Familien nachkommen und machten von der Möglichkeit Gebrauch, dass das Aufenthaltsrecht für Ukrainerinnen während des Krieges vereinfacht wurde. Viele Menschen können sich aber nicht vorstellen, in einem fremden Land zu leben, und machen daher nach dem traditionellen Muster weiter: Die Männer arbeiten im Ausland, die Frauen besuchen sie ab und zu und bringen etwas Geld nach Hause. Aber auch sie haben nicht damit gerechnet, dass der Krieg jahrelang dauern würde. Die Männer wollen/können nicht zurückkehren, da sie in die Armee eingezogen werden, sobald sie an der Grenze auftauchen. Der soziale Preis dieser erzwungenen Emigration und der Trennungen ist zwangsläufig sehr hoch. Auch im zweiten Jahr des Krieges haben sich viele Männer mit allen möglichen Tricks aus dem Staub gemacht. Meinem subjektiven Eindruck nach ist es eher die Sache von Männern aus anderen Regionen, Tausende von Euro an Schlepper oder korrupte Grenzbeamte zu zahlen, während die Männer hier fast immer einen Weg mit geringerem Risiko finden. Es ist schwer, sich vorzustellen, welche Folgen das alles für unsere Region hat. Werden die Flüchtlinge aus dem Osten hierbleiben, und vor allem welche von ihnen? Als ich kürzlich durch Uzhhorod, die Hauptstadt Transkarpatiens, fuhr, war ich ziemlich schockiert über all die Teslas und die neuen Luxusboutiquen. Die Mieten haben sich verdoppelt. Soziologische Studien belegen, dass die Kluft zwischen Arm und Reich seit Beginn des Krieges in der gesamten Ukraine stark zugenommen hat.

Eine andere Seite der Migration: Unsere direkten Nachbarn sind in die Slowakei gezogen; der Ehemann vor dem Krieg zum Arbeiten, seine Frau und ihr 13-jähriger

Sohn seit einem Jahr. Sie leiden unter dem anti-ukrainischen Rassismus der Slowaken und wollen so schnell wie möglich zurückkehren. Der Junge, der sehr nett und gesellig ist, hat in einem Jahr keine Freunde unter seinen Klassenkameraden gefunden und leidet stattdessen unter Mobbing aufgrund seiner Herkunft.

Zurück zum Winter

Die russische Armee bombardiert die ukrainischen Städte jeden Tag und vor allem jede Nacht. Die Alarmsirenen heulen jeden Tag, auch in unserer Region. Der Unterschied besteht darin, dass in Städten wie Cherson, Zaporijjia und vielen anderen die Einschläge, Zerstörungen, Toten und Verletzten ebenfalls täglich sind, während wir verschont bleiben. In einem Dorf im Nordosten wurden im Oktober über 50 Zivilistinnen während einer Beerdigung getötet. Seit einigen Monaten benutzen die Russen vor allem iranische Drohnen für ihre Angriffe. Die viel teureren Raketen setzen sie sparsam ein; deren Anzahl und die Produktionskapazitäten sind begrenzt. Es gibt eine durchaus plausible Befürchtung, dass dies eine strategische Entscheidung ist (Schätzungen zufolge besitzt Russland derzeit fast 900 ballistische Raketen aller Art), um massive Angriffe auf die Energieinfrastruktur zu starten, sobald die Kälte kommt. Dieses Mal wird es für niemanden eine Überraschung sein. Bei uns in Transkarpatien wurden die Schulen angewiesen, die Warnungen bloss nicht zu ignorieren, denn Geheimdienstberichten zufolge soll unsere Region dieses Mal nicht verschont bleiben.

Was mir sonst so aufgefallen ist

Hier, völlig chaotisch, noch verschiedene Fakten und subjektive Eindrücke: Die Familienmitglieder einiger Soldaten protestieren öffentlich und fordern ihre Demobilisierung nach bald zwei Jahren an der Front. Das



Erschossen von einer Spezialeinheit der Polizei im Februar 2014 wie 100 andere Aufständische auf dem Maidan-Platz in Kiew. Foto: EBF 2016

bedeutet jedoch nicht, dass sie zur Kapitulation aufrufen. (...) Der Staatshaushalt für 2024 wurde von der Werchowna Rada, dem ukrainischen Parlament, verabschiedet. Fast 50 Prozent der Mittel werden für die Kosten des Krieges, der Armee und der Rüstung aufgewendet. Es ist kein Strassenbau mehr vorgesehen, was vor dem Krieg Zelenskys Lieblingsprojekt war. Es stimmt, dass es dadurch schwierig wird, bestimmte Strecken als «Strasse» zu bezeichnen, da man für eine Fahrt von einem Dorf ins andere oft die dreifache Zeit benötigt.

Der Kampf gegen Korruption geht auch während des Krieges weiter, und ich würde

sagen, dass er allmählich an Schwung gewinnt. Anfang Dezember wurde der Leiter eines staatlichen Komitees für die Digitalisierung der Armee verhaftet. Zusammen mit einer zweiten Person soll er fast 1,5 Millionen Euro gestohlen und gleichzeitig die Digitalisierung stark gebremst haben. Wie viele Tote diese Beiden auf dem Gewissen haben, bleibt unberechenbar. Es ist auch festzustellen, dass wieder einmal Personen, die dem innersten Machtzirkel in Kyiv sehr nahestehen, inhaftiert wurden, und ja, das ist ein gutes Zeichen.

Jürgen Kräftner*,
Anfang Dezember 2023

*Unser Korrespondent ist Landwirt und Musiker. Seit über 20 Jahren lebt er im Dorf Nischnje Selichtsche in Transkarpatien.

1. Hier das Interview mit Saluschny (auf Englisch): <https://www.economist.com/europe/2023/11/01/ukraines-commander-in-chief-on-the-breakthrough-he-needs-to-beat-russia>

2. Eine im Februar 2023 veröffentlichte Studie einer Gruppe von Wissenschaftler:innen der Yale-Universität in den USA berichtet über ein Netzwerk von mindestens 40 russischen Lagern, die der «patriotischen Umerziehung» gewidmet sind und in denen jungen Menschen aus der Ukraine die Liebe zu Russland und die Abneigung gegen die westliche Welt eingetrichtert werden. Die Studie ergab, dass mindestens 6000 ukrainische Minderjährige wochen- oder monatelang in diesen Lagern leben müssen, weit weg von ihren Eltern.

3. Region im westlichsten Teil der Ukraine mit Grenzen zu Rumänien, Ungarn, der Slowakei und Polen.

MIGRATION/ITALIEN

Solidarreise nach Süditalien

Die Citykirche «Offener St. Jakob» in Zürich organisierte in Zusammenarbeit mit dem Umweltzentrum «Öko & Fair» in Gauting (BRD) für Ende Oktober eine Gruppenreise nach Apulien und Kalabrien in Süditalien. Die Autorin war Teil dieser Gruppe engagierter Menschen.

Der Film «Das neue Evangelium» war für Verena Mühlethaler, Pfarrerin der Citykirche, Auslöser und Motivation. In der süditalienischen Stadt Matera inszenierte der Schweizer Regisseur Milo Rau das Passionsspiel einer Gesellschaft, die geprägt ist von Unrecht und Ungleichheit. Verzweifelte Flüchtlinge, die über das Mittelmeer nach Europa gekommen sind, werden auf den Tomatenfeldern Süditaliens versklavt, von der Mafia ausgebeutet und hausen unter unmenschlichen Bedingungen in regelrechten Ghettos – allein in Italien sind das mehr als 500.000 Menschen. Der Politaktivist Yvan Sagnet aus Kamerun, der im Film Jesus verkörpert, gründete gemeinsam mit ansässigen Kleinbäuerinnen und -bauern die

«Revolte der Würde», eine politische Kampagne, die für die Rechte von Migrantinnen und Migranten kämpft.

Casa Sankara

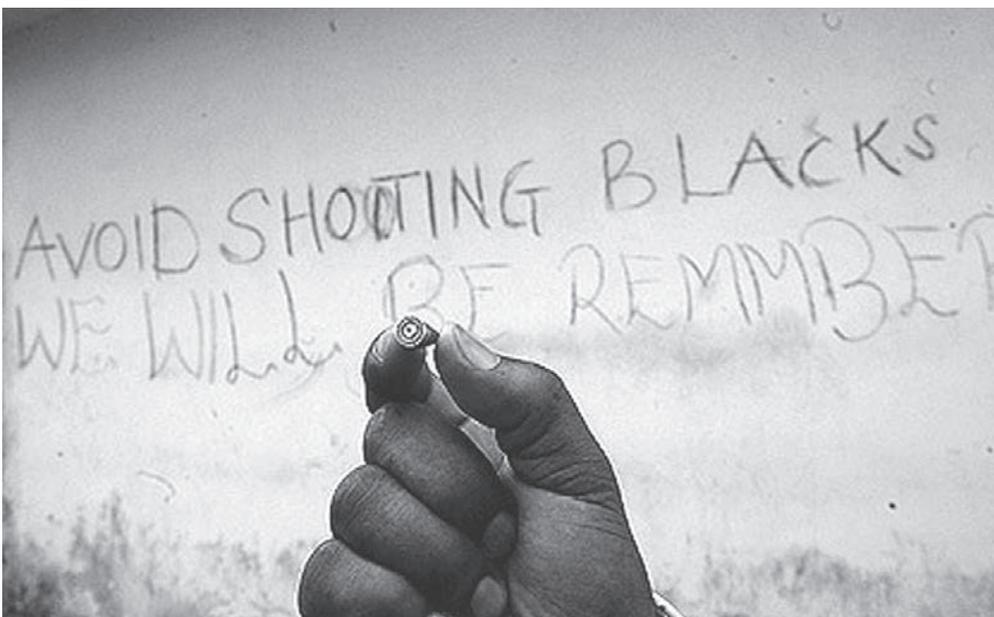
Die erste Station der Reise war der Verein «Ghetto Out – Casa Sankara» in San Severo, Provinz Foggia. Die Projektleiter Hervé und Mbaye, beide aus Senegal, berichten: «Dieses Projekt ist eine Mission gegen die Ausbeutung der Migranten. Wir sind eine 'Assoziacione'. Hier leben Menschen aus 13 Nationen, 19 bis 60 Jahre alt. Aktuell wohnen 420 Männer in unserem Containerdorf, 80 Prozent von ihnen haben eine Aufenthaltsgenehmigung. Es ist sehr wichtig für die Männer, dass sie eine Adresse haben, sonst

können keine Arbeitsverträge gemacht werden und dann ist auch keine Aufenthaltsgenehmigung möglich. Wir bieten Sprachkurse und verschiedene Workshops an und unterstützen die Migranten in rechtlichen Fragen mit Anwält:innen. Auf 16 Hektar wachsen Tomaten. Tomaten sind für uns ein Symbol der Ausbeutung – unsere Tomaten hingegen werden unter fairen Bedingungen geerntet. Wir wollen bald auch anderes Gemüse (Okra, Erbsen etc.) anpflanzen; unser Ziel ist Selbstversorgung. 50 Männer arbeiten auf unserem eigenen Land, die anderen auf fremden Feldern, alle mit guten Verträgen (mit nationalen Vorgaben). Der Lohn beträgt 7 bis 8 Euro pro Stunde oder 50 bis 60 Euro pro Tag. Das Ziel ist, die Menschen aus den Ghettos zu befreien und ihnen wieder ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen. Wir Projektleiter aus dem Senegal handeln aus unserem Glauben heraus, wir sind ein wenig Verrückte...»

Ghetto auf altem Flughafen

Als Zweites treffen wir in Foggia Yvan Sagnet, den Kameruner Ingenieur und Jesusdarsteller aus dem Film «Das Neue Evangelium». Zur Finanzierung seines Studiums in Italien war er als Erntearbeiter auf den Tomatenfeldern in Apulien «angestellt» und lernte dort die unmenschlichen Arbeitsverhältnisse am eigenen Leib kennen. Er initiierte einen wochenlangen Streik der Arbeiter, der grosses Aufsehen in der Öffentlichkeit erregte und gründete 2011 NO CAP. Die Organisation kämpft gegen das sogenannte Caporalato-System in der italienischen Landwirtschaft. Es wird von der Mafia kontrolliert, die »Aufseher« einsetzt, um mit skrupelloser Gewalt und Erpressung von den meist afrikanischen Erntehelfern in den Ghettos Teile des ohnehin geringen Lohns für Transport, Miete für Plastikplanen und Wasserflaschen zu verlangen. Das System nutzt die Hilflosigkeit der Menschen aus, weil sie keine Papiere haben, ihr Asylantrag abgelehnt wurde und eine Abschiebung droht. Die Arbeiter verdienen 3 Euro pro Stunde bei 48 Stunden pro Woche.

Mit Yvan fahren wir zum grössten Ghetto in der Region: Borgo Mezzanone – einem von ca. zwanzig – das je nach Saison bis zu 7.000 Erntearbeiter beherbergt. In der Region leben unter diesen sklavenähnlichen Bedingungen 50.000 Menschen, in ganz Italien sollen es 500.000 sein. Die Bewohner haben in Borgo



Graffiti der Verzweiflung von afrikanischen Landarbeitern: «Schiess nicht auf Schwarze!», Rosarno 2010

Mezzanone ihre Hütten und Zelte auf den Pisten eines ehemaligen Flughafens aufgestellt und leben hier in Selbstorganisation, es gibt auch einfache Läden und bescheidene »Restaurants«. Die Stimmung beim Gang durchs Ghetto ist angespannt, in einiger Distanz ist ein Brand auszumachen, wir sehen die primitiven Hütten aus Holz, Wellblech, Plastik, den Müll, einige Männer in armseliger Kleidung, ein paar Hühner und Ziegen.

Bio-Verarbeitung

Maria Luisa, die Geschäftsführerin von PRIMABIO in Rignano Garganico, führt uns herum und zeigt die Anlagen und Maschinen, wo Tomaten, Broccoli, Spargel und Peperoni verarbeitet werden – alles in Bio-Qualität. PRIMABIO arbeitet auch mit NO CAP zusammen. Yvan berichtet über NO CAP: «Der Verein hat 500 Leute unter Vertrag. Sie verdienen 42 bis 44 Euro am Tag bei 6 ½ Stunden Arbeit. Die Bauern und Bäuerinnen arbeiten gerne mit uns zusammen, alle Produkte sind Bio zertifiziert und werden unter fairen Bedingungen geerntet. 20 Angestellte und 100 Freiwillige arbeiten für NO CAP. Die Arbeiter werden aus dem Ghetto geholt, schlafen dann im Villaggio Don Bosco der Stiftung Emmaus. Nach der Tomatenernte können sie in einer anderen Region weiterarbeiten – sie müssen nie mehr ins Ghetto. NO CAP vermittelt Arbeitsplätze und Unterkünfte. Meine Motivation: der Glaube und das

Bestreben, den Leuten zu Würde zu verhelfen. Es ist wichtig, dass ihr da seid und berichtet!»

Casa Betania

Das Gebäude für das «Haus der Würde» in Serra Marina di Bernalda wurde von der Caritas zur Verfügung gestellt, renoviert und bietet ca. 30 Migrant*innen ein Zuhause. Wir werden von Moudy empfangen, einem Sudanese. Er kam vor zehn Jahren als Flüchtling nach Italien, hat inzwischen studiert und eine Anstellung als Integrationsberater. Ausserdem fungiert er als eine Art Hausmeister im Casa. Don Antonio stösst zu uns – er bezeichnet sich als revolutionären Priester. Beide berichten über die katastrophalen Lebensumstände in den nahen Ghettos und betonen, dass die Zusammenarbeit mit NO CAP ein Segen sei. Das Casa Betania bietet spezialisierte landwirtschaftliche Ausbildung mit Hilfe von Feldversuchen. Das Projekt basiert auf interaktivem Lernen, das von der Vorbereitung des Bodens bis zum fertigen Produkt Lebensmittel reicht. Philosophie ist, die Natur zu schützen, die Ethik zu bewahren und den Menschen Würde zu geben. Moudy betont, dass es einen Paradigmenwechsel im Denken und Verhalten der Afrikaner geben müsse – weg von der Opferhaltung hin zu Selbstverantwortung.

Weitere Stationen unserer Reise waren Matera, das Ghetto Tendopoli in San Ferdinando bei Rosarno und Riace. Wir haben

auch überall, wo wir waren, nach den Frauen gefragt. Die Antwort war meistens die Gleiche: Frauen und Kinder würden nicht in Ghettos wohnen, bekämen mehr Unterstützung und oft Wohnraum in Dörfern oder Städten, arbeiteten oft als Prostituierte... Leider hatten wir zu wenig Zeit, diese Aussagen zu verifizieren und Organisationen zu treffen, die sich speziell um Frauen kümmern. Hoffentlich ist das ein anderes Mal möglich.

Was können wir tun?

Leider sind in der Schweiz in nur wenigen Läden NO CAP-Produkte erhältlich. Je mehr gesicherte Abnehmer*innen NO CAP hat, desto mehr Migrant*innen können aus den Ghettos geholt werden und mit fairen Verträgen arbeiten. Wer von den Leserinnen und Lesern Zugang zu Geschäften hat und den Verkauf von fairen Produkten unterstützen will, kann sich bei folgender Adresse melden. Von hier aus wird der Vertrieb in Deutschland organisiert: info@oeko-und-fair.de

Margrit Moser, pensionierte Aktivistin, Lehrerin, Sozialarbeiterin, Projektleiterin...

Weiterführende Infos:

www.associazionenocap.it
www.nocap.oeko-und-fair.de
www.casasankara.it

www.primabio.farm

www.nocap.oeko-und-fair.de/casa-betania-house-of-dignity

RUSSLAND

Forderung öffentlicher Demobilisierung

In Russland fordern Mütter, Frauen und Geschwister von Soldaten deren sofortige Rückkehr von der Front. Seit Beginn des Krieges in der Ukraine sind mehr als 100.000 russische Soldaten umgekommen und Hunderttausende wurden verletzt.

Moskau, 7. November 2023. Es ist bewölkt und nass. Hunderte von Anhänger*innen der Kommunistischen Partei haben sich am Karl-Marx-Denkmal vor dem weltberühmten Bolschoi-Theater versammelt, rote Fahnen mit den Parteisymbolen wehen über ihren Köpfen. Hochrangige Parteifunktionäre, darunter der altgediente Parteivorsitzende Gennadi Sjuganow, bereiten sich darauf vor, zur Menge zu sprechen. Unmittelbar hinter ihnen halten Frauen Plakate hoch, auf denen sie die Heimkehr der Wehrpflichtigen fordern, und stürmen damit die Veranstaltung – ein äusserst seltenes Beispiel für echten politischen Protest in Russland. Schnell werden sie von Polizeibeamten umringt, die ihre Papiere und ihre Schilder genau studieren.

Bilder dieses Protests wurden anschliessend auf dem Telegram-Kanal der Demobilisierungsgruppe «The Way Home» veröffentlicht. Der Kanal setzt sich für die Rückkehr

der Wehrpflichtigen in ihre Heimat ein und hat fast 14.000 Abonnent*innen. Er enthält Links zu Dutzenden von anderen Chats, in denen Angehörige von Soldaten über die Massnahmen berichten, die sie ergreifen, um ihre Familienmitglieder nach Hause zu holen. Zudem haben die Verwandten der mobilisierten russischen Reservisten ein Manifest und eine Petition auf «The Way Home» veröffentlicht, die eine vollständige Demobilisierung fordert. «Unser Staat hat denjenigen den Rücken gekehrt, die als erste auf seinen Hilferuf reagierten: den Wehrpflichtigen und ihren Familien», heisst es im Manifest, «und wir erinnern uns an das Versprechen des russischen Präsidenten, dass keine Reservisten einberufen würden, und dann schickte er unsere Lieben in die Ukraine. Die Versprechen waren ungültig, und wir wurden dafür bestraft, dass wir dem Gesetz gehorcht haben.»

In der Petition wird die Rückkehr aller Wehrpflichtigen und die vollständige Demobilisierung in Russland gefordert. Die Autorinnen sagen, dass sie sich erst zufrieden geben werden, wenn ihre Männer wieder sicher zu Hause seien. Sie bezeichnen die Situation im Land als «absurd» und kritisieren den russischen Präsidenten Wladimir Putin, während sie gleichzeitig die Hoffnung ausdrücken, dass er «ihre Bitten hören» möge.

Die Kampagne «The Way Home» gewinnt in Russland an Zugkraft, da ihre Mitglieder in der Öffentlichkeit immer lauter fordern, dass die Reservisten endlich nach Hause zurückkehren sollen.

Frauen vermissen ihre Ehemänner; Kinder wachsen ohne Väter auf und viele sind zu Waisen geworden. Andererseits wird ein Serienmörder nach sechs Monaten Haft für die Front mobilisiert und dafür aus dem Gefängnis entlassen. Und Putin erklärt das Jahr 2024 zum «Jahr der Familie». Das ist purer Zynismus. Ein Antrag auf eine Protestdemonstration in Moskau am 25. November 2023, die das Ende der Mobilisierung fordern sollte, wurde vom Bürgermeisteramt abgelehnt. Menschen, die an der Basisdemobilisierungsbewegung beteiligt sind, erhalten Drohungen. Und diese sind ernst zu nehmen. Dennoch lassen sich die Frauen anscheinend nicht einschüchtern.

Zusammengestellt aus mehreren Meldungen in der Novaya Gazeta Europe vom 27. November 2023, unter anderem von Pavel Kuznetsov

Der Prozess gegen France Télécom

In Frankreich läuft zur Zeit der Film «Durch das Fenster oder durch die Tür» über den Prozess gegen das Unternehmen France Télécom. In den Jahren 2008 und 2009, kam es, aufgrund von Mobbing¹ zu 35 Suiziden in den Betrieben. Im Mai 2013 existierte France Télécom nicht mehr – es war zu «Orange», einer vollständig privatisierten Multinationalen geworden. Wir baten Isabelle Bourboulon, die massgeblich an dem Film mitgearbeitet hat, um einen Artikel für Archipel über ihre Recherchen.

Das Wort Management kommt vom englischen Verb «to manage» (verwalten, leiten). Manche leiten es vom altfranzösischen «mesnage» ab, was im 18. Jahrhundert so viel bedeutete wie «einen Haushalt führen». Auch die Manege, Ort, an dem Pferde dressiert werden oder das italienische «maneggiare» (kontrollieren) werden als Ursprung angegeben. Bei France Télécom heisst das Wort so viel wie «aufräumen» (frz. faire le ménage). Um die Angestellten dazu zu bringen, von selbst zu gehen, um Lohn- und Gehaltsaufkommen radikal zu reduzieren (Ziel: 22.000 Angestellte weniger), wurden alle Mittel und Techniken des so genannten «modernen» Managements eingesetzt. Die Ereignisse, die sich über die Jahre 2006-2011 erstreckten, erreichten ihren Höhepunkt im Jahr 2009 in der so genannten «Selbstmordkrise».

Der Prozess kommt ins Rollen

Am 3. Juni 2019 werden endlich drei Fälle von Suizid und ein Suizidversuch vor Gericht aufgerollt, alle drei bei France Telecom zwischen dem 4. und dem 18. Mai 2008. Ghislaine Régnier, die Witwe von Jean-Marc Régnier, der sich in der Nacht vom 3. auf den 4. Mai 2008 erschossen hat, sagt als Zeugin aus: «Er liebte seine Arbeit, er ging gerne zu den Kunden

und hatte einen guten Kontakt zu den Leuten. Er arbeitete mit grossem Einsatz (...). Er war offen und jovial.» Aber nach seinem letzten Informatikkurs sei er nicht mehr derselbe gewesen: «Er konnte nicht mehr. Er stand in der Nacht auf, um zu lernen. Er wusste, dass er es nicht schaffen würde und hatte Angst, dass man sich über ihn lustig macht.» Jean-Marc Régnier arbeitete draussen an den Leitungen, er war körperliche Arbeit gewohnt. Mit dem Übergang von analog zu digital musste er eine Fortbildung machen, um seine Stelle nicht zu verlieren. Ghislaine Régnier spricht mit erstickter Stimme. Ein ergreifender Bericht über den dramatischen Absturz eines Menschen. Etwas später sagen die Angeklagten aus, weniger als drei Meter von ihr entfernt. Kein einziger von ihnen sieht sie an oder sagt etwas zu ihr (zum Beispiel so etwas wie eine Entschuldigung). Vielleicht ist es auch besser so, man hätte nämlich sonst sofort gespürt, wie falsch, wie künstlich das geklungen hätte.

Neu organisieren, eliminieren

Wie wird das gemacht? Mit einer Reihe von Massnahmen, welche die Consultingfirmen für Personalverwaltung – PricewaterhouseCoopers, McKinsey, Deloitte & Co... – empfeh-

len (und grosszügig entlönnen) und die sich wiederum an den Konzepten der amerikanischen «business schools» orientieren. Frühere Vorgehensweisen werden in Frage gestellt, neue Ziele gesetzt, es wird gemessen, evaluiert, man verlangt von den Angestellten «proaktiv» zu sein, (d.h. bei France Télécom, dass die Angestellten selbst ihre Versetzungen vorschlagen sollen.). Als «nicht anpassungsfähig» eingestufte Individuen werden isoliert und hinausgedrängt. In manchen Unternehmen werden sie als «unangepasst und nicht anpassungsfähig» gekennzeichnet (ein extravagantes Konzept!). Bei France Télécom hiessen die Programme NExT, Act oder New Convergence, Performance... Diese Management-Massnahmen, die bei der Restrukturierung grosser Unternehmen angewendet werden, erstrecken sich über zwei oder drei Jahre: Die Profite wachsen und neue Methoden kommen kurz- und mittelfristig zum Einsatz. Die Bezeichnungen sind englisch, das klingt seriöser. Oft jagt eine Veränderung die andere, offiziell, um sich an die Entwicklung des Marktes und die neuen Technologien anzupassen: von «open space» zu Einzelbüros, von Zentralisierung zu Dezentralisierung, von Spezialisierung zum Multitasking usw. Die Management-Methoden entwickeln sich gemäss dem «Geist der Zeit» oder der Literatur, die beim Management gerade in Mode ist – im Rhythmus der Empfehlungen der Consultingfirmen.

«Zu nichts mehr nütze»

Jean-Marc Régnier litt, weil er mit den technologischen Neuerungen nicht Schritt halten konnte und fürchtete, in ein Callcenter abgeschoben zu werden. Er «wollte aber die Fortbildung machen, er interessierte sich vielleicht sogar ein bisschen zu viel dafür», sagt seine Witwe aus. Diejenigen, die am meisten leiden, sind die Angestellten, die sich am stärksten einsetzen, die in ihrer Arbeit einen Sinn und soziale Anerkennung finden wollen. Und wenn sie die vorgegebenen Ziele nicht erreichen, sehen sie das als Niederlage an («ich bin nicht auf der Höhe»).



Unterwasserskulpturen, Jason Decaires Taylor

Zum Gefühl, unzulänglich zu sein, kommen Schuldgefühle, weil man den Anforderungen nicht entsprechen kann. Die Manager sagen: «Seien Sie autonom, seien Sie kreativ» und im selben Atemzug: «Respektieren Sie die Vorschriften!». Psycholog:innen wissen, dass paradoxe Anweisungen verrückt machen, und doch verlangt man von den Angestellten, in einer streng geregelten Welt autonom und in einer streng rationalen Welt kreativ zu sein. Die Arbeitskollektive sind aufgelöst und jede/r ist dem Unternehmen gegenüber auf sich selbst gestellt.

Die Einsamkeit ist es, die André Amelot, einen anderen Angestellten von France Télécom, getötet hat. Er hat sich am 19. Mai 2008, nach einem ersten erfolglosen Versuch im April, an seinem Wohnort aufgehängt. Er war Netzwerktechniker in Bernay und hatte jahrelang mit einem Partner zusammengearbeitet. Da sein Posten abgebaut werden sollte, war er plötzlich von seiner Arbeitsgemeinschaft abgeschnitten und musste alleine arbeiten. Seine Isolierung wurde noch verstärkt durch die Tatsache, dass in seinem Arbeitsbereich nun Informatik eingesetzt wurde, für die er nicht ausgebildet war. Daher rührte ein Gefühl der sozialen und beruflichen Herabsetzung und die Angst, in einem anderen Bereich eingesetzt zu werden, sowie der schmerzliche Eindruck, zu «nichts mehr nütze» zu sein. Eine Triebfeder der Arbeit ist aber genau der Kontakt zu anderen und die Hoffnung, daraus Stolz sowie das Gefühl der Nützlichkeit und Anerkennung zu bekommen. Dem Psychiater Christoph Dejours zufolge kommt Anerkennung von der Beurteilung durch die Hierarchie (Nützlichkeit) und durch die der Kollegen (Qualität, Leistung, Schönheit), die sich auf die Ausführung der Arbeit nach gewissen Regeln stützt und sich entscheidend auf die Identität des einzelnen auswirkt. Dies ist die Grundlage der mentalen Gesundheit. Der Bezug zur Arbeit kann sehr positive, aber auch sehr negative Auswirkungen haben: Identitätskrise und psychopathologische Dekompensation.

Zwei radikal entgegengesetzte Welten

Robert Perrin hat sich am 17. Mai 2008 an seinem Wohnort erschossen. Sein Bruder, Jean Perrin, erhob Privatanklage. Zusammen mit seiner Schwester Marie-Laure hat er sich dafür eingesetzt, dass Roberts Tod als Arbeitsunfall anerkannt wird. Im Zeugenstand fordert er, dass das Foto seines Bruders auf die Leinwand projiziert wird, ein glückliches, lächelndes Gesicht, denn, sagt er, «er war ja doch ein Mensch». Jean Perrin ist kämpferisch, er argumentiert, weist auf die Gefühllosigkeit der Angeklagten hin, er ist warmherzig, lebendig; die anderen verziehen keine Miene, als ob sie das alles nichts angehe: die Gegenüberstellung von zwei Welten, die absolut nichts voneinander wissen. «Mein Bruder fühlte sich wohl im Unternehmen und verstand nicht, warum er gehen sollte. Er wurde krank, als er erfuhr, dass die Arbeitszeiten geändert und seine Einheit versetzt würde. (...) Er war überaus gütig, hing an seiner Arbeit, er war bescheiden und immer gut gelaunt.»

Die Gerichtspräsidentin, Richterin Cécile Louis-Loyant, bemühte sich redlich, die Kette der Verantwortungen im Organi-

gramm des Unternehmens zurückzuverfolgen. Auf welcher Ebene wurden Entscheidungen getroffen? Wer hat beschlossen, den «Nomadismus-Plan» anzuwenden (was für ein delikater Name!), der den Angestellten vorschreibt, ihre Anweisungen aus der Ferne zu erhalten und die Touren bei ihren Kund:innen zu rationalisieren? Die Antworten der Angeklagten sind vage, konfus. Der ehemalige Unternehmensleiter, Didier Lombard, erinnert sich an nichts. Totale Amnesie. Die Richterin scheint ihn gar nicht mehr befragen zu wollen, denn er verharrt in hartnäckigem Schweigen. Louis-Pierre Wenès, ehemalige Nummer zwei des Unternehmens, verfolgt eine durchtriebeneren Verteidigungsstrategie: Er versucht, die Direktion zu entlasten, indem er die Verantwortung für die Entscheidungen, welche die Organisation betrafen, auf die lokalen Verantwortlichen abschiebt. Die Suizide seien auf lokaler Ebene behandelt worden, sagt er. Selbst Olivier Barberot, der ehemalige Leiter der Personalabteilung, sei erst ab Juli 2009 über die Selbstmorde informiert worden, als Michel Deparis sich umgebracht hatte: In seinem Abschiedsbrief prangert dieser die Überlastung, die ständige Dringlichkeit, die Desorganisation und das «Terrormanagement» an. «Ich bringe mich wegen meiner Arbeit bei France Télécom um. Das ist der einzige Grund.» Nach diesem Brief konnte das Unternehmen seine Verantwortung nicht mehr vertuschen. Die Verteidigungsstrategie, die darauf abzielte, einige regionale Verantwortliche zu Sündenböcken für die drastische Reduzierung der Belegschaften zu stempeln, hält vor Gericht nicht stand. Zum ersten Mal anerkennt das Urteil

den Begriff «institutionalisiertes Mobbing» (franz. harcèlement moral institutionnel). Am 30. September 2022 bestätigt das Berufungsgericht das Urteil der ersten Instanz, auch wenn es die Strafen herabsetzt. Der ehemalige Unternehmensleiter Didier Lombard und die ehemalige Nummer zwei, Louis-Pierre Wenès, werden zu einem Jahr Gefängnis bedingt verurteilt.

France Télécom hat diese dramatische Selbstmordserie in Kauf genommen, um die Rentabilität des Unternehmens zu erhöhen. Höhere Umsätze, grösserer Profit und daher Intensivierung der Arbeit, denn nur sie schafft Wert. Die Fusion von Telekommunikation und Informatik hat die Diktatur der Echtzeit eingeleitet und fordert unmittelbare Reaktionen auf die Erfordernisse der Finanzmärkte.

Die Vereinigung Attac² beschäftigt sich unter anderem mit den verheerenden Auswirkungen eines Finanzkapitalismus, der das Ungleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit stetig verschärft. Gleichzeitig ist die Hegemonie und der Einfluss des Marktes auf die Wirtschaft ein Grundstein der Management-Methoden, denn mehr Rentabilität heisst höhere Produktivität und das zieht den Druck auf die Arbeit nach sich.

Isabelle Bourboulon*

*Unabhängige Journalistin, Verfasserin von «Livre noir du management» (Bayard Editions, 2011) und «Soleil trompeur – ITER ou le fantasme de l'énergie illimitée» (Éd. Les Petits matins, janvier 2020).

1. Laut dem «Observatorium für Stress und erzwungene Mobilität», den Gewerkschaften und der Direktion.

2. Attac ist eine globalisierungskritische Nichtregierungsorganisation und hat weltweit circa 90.000 Mitglieder und agiert in 50 Ländern, hauptsächlich jedoch in Europa.

Umwelt

Stoppt Glyphosat!

Die Europäische Kommission hat grünes Licht für weitere zehn Jahre Glyphosat gegeben: eine Katastrophe für Gesundheit, biologische Vielfalt, Boden und Wasser. Verschiedene Umweltorganisationen ziehen gegen diese Entscheidung vor Gericht.

Viele unabhängige wissenschaftliche Studien zeigen die Gefahren von Glyphosat auf. Die erneute Zulassung nach dem Parlamentsentscheid ist ein Verstoß gegen das EU-Pestizidgesetz, welches besagt, dass Gesundheit und Umwelt an erster Stelle stehen müssen. Bei erheblichen Zweifeln an der Verträglichkeit eines Produkts muss das Vorsorgeprinzip angewandt werden. Deshalb wird das «Pesticide Action Network (PAN) Europe» gemeinsam mit seinen Mitgliedern Généra-

tions Futures, Global 2000, PAN Germany und PAN Netherlands diese Entscheidung vor Gericht angreifen. Wenn die Organisationen gewinnen, muss die Verwendung von Glyphosat und seinen Produkten in der EU verboten werden. Das Europäische BürgerInnen Forum (EBF) unterstützt diese Initiative.

Das «Pesticide Action Network (PAN) Europe» und seine Mitglieder haben die besten Voraussetzungen und Kompetenzen, um Klage einzureichen, weil:

- sie Spezialist:innen für die Gefahren und Risiken von Pestiziden sind und die Vorschriften und das EU-Pestizidrecht ausgezeichnet kennen, und weil sie
- mit einem Netzwerk von renommierten wissenschaftlichen Expert:innen zusammenarbeiten,
- ein engagiertes und spezialisiertes Anwalts-Team zur Hand haben,
- sie Lücken zwischen dem Pestizidrecht und seiner Umsetzung durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA und der Europäischen Chemikalienagentur ECHA sowie der nationalen Institutionen aufgedeckt haben und
- wichtige Fälle vor dem EU-Gerichtshof ausgefochten und gewonnen haben.

Ein hartes Gerichtsverfahren steht bevor, denn es steht viel auf dem Spiel. Glyphosat ist das meistverkaufte Herbizid und das Aushängeschild der chemischen Landwirtschaft. Bayer-Monsanto und andere Hersteller:innen stellen sich natürlich in diesem Gerichtsverfahren auf die Seite der Europäischen Kommission. Die Kläger:innen und ihre Anwalt:innen werden es also mit einer Reihe von gut vorbereiteten und extrem gut finanzierten Gegner:innen zu tun haben. Das wird «PAN Europe» und seine Partner:innen jedoch nicht aufhalten, denn sie sind gut vorbereitet und wissen, dass die Wissenschaft und das EU-Pestizidgesetz auf ihrer Seite sind. Es wird jedoch ein erhebliches Mass an Arbeit und Ressourcen seitens ihrer Expert:innen und Anwalt:innen erfordern, um diesen Fall zum Erfolg zu führen.

Leider hat die Mehrheit des Europäischen Parlaments am 22. November 2023 gegen den Gesetzesvorschlag zur Halbierung des Einsatzes und Risikos von Pestiziden gestimmt, das heisst: kein zusätzlicher Schutz der Gesundheit von Bäuer:innen und Bürger:innen vor gefährlichen Pestiziden. Die meisten konservativen, liberalen und rechtsextremen EU-Abgeordneten sowie einige sozialdemokratische Abgeordnete hörten auf die Lobby der chemischen Industrie. Ein demokratisch abgesegneter Skandal. Ausserdem war der Gesetzesvorschlag im Vorneherein schon so verwässert worden, dass sich selbst die Befürworter:innen nicht mehr mit ihm anfreunden konnten.

USA: Grosser Verlust für Bayer-Monsanto

Bayer-Monsanto wurde von einer Jury in Missouri zur Zahlung von 1,56 Milliarden Dollar an vier Kläger:innen verurteilt. Sie behaupteten, Roundup habe Krebs verursacht. Dies ist das vierte Urteil in ähnlichen Fällen in Folge. Die Geschworenen in Cole County, Missouri, befanden den Bayer-Geschäftsbereich Monsanto für fahrlässig, mit Konstruktionsfehlern behaftet und mit dem Versäumnis, vor den möglichen Gefahren der Verwendung von Roundup zu warnen. Den Opfern wurden insgesamt 61,1 Millionen Dollar Scha-

denersatz und jeweils 500 Millionen Dollar Strafschadenersatz zugesprochen. Bei ihnen wurde ein Non-Hodgkin-Lymphom diagnostiziert, das durch die Verwendung von Roundup auf dem Grundstück ihrer Familie verursacht wurde. Die Ehefrau eines der Opfer erhielt 100.000 \$ für den Schaden, den sie durch die Krankheit ihres Mannes erlitten hat. Dies schliesst sich eng an die Entscheidung eines kalifornischen Geschworenengerichts an, das einem Opfer, bei dem im Alter von 51 Jahren eine Form des Non-Hodgkin-Lymphoms diagnostiziert wurde, 332 Millionen Dollar zugesprochen hat. Dabei handelt es sich um 7 Mio. \$ Schadenersatz und 325 Mio. \$ Strafschadenersatz. Eine Woche zuvor hatte ein Geschworenengericht in Philadelphia einem Opfer 25 Millionen Dollar plus

150 Millionen Dollar Strafschadenersatz zugesprochen. Und ein weiteres Opfer erhielt 1,25 Millionen Dollar Schadenersatz. (...) In den von Bayer angestregten Berufungsverfahren werden die Strafschadenersatzbeträge wahrscheinlich deutlich niedriger ausfallen, aber es sind noch Zehntausende weitere Fälle anhängig. Bereits im Jahr 2020 musste Bayer 10,9 Milliarden Dollar bezahlen, um 80 Prozent der Fälle zu diesem Zeitpunkt beizulegen.

Sie können die Einleitung des jetzigen Gerichtsverfahrens in Europa über die Webseite www.monsantotribunal.org unter der Rubrik «Neueste Nachrichten» weiterverfolgen und finanziell unterstützen.

Informationen bzw. Auszüge aus dem Monsanto-Tribunal-Newsletter vom 23.11.2023



Wien – Standing Together

Seit dem 7. Oktober 2023 treffen sich jeden Sonntag Menschen in Wien am Platz der Menschenrechte* zu einer Mahnwache für die zivilen Opfer des Krieges im Nahen Osten.

«Wir stehen zusammen, um der israelischen und palästinensischen Zivilist:innen zu gedenken, die durch Terror und Krieg ihr Leben verloren haben. (...) Es gibt keine Rechtfertigung für die Tötung von Zivilist:innen, ob sie nun im Namen eines Kampfes gegen Unterdrückung oder eines Krieges gegen den Terror begangen wird. (...) Wir stehen zusammen an der Seite aller ausgegrenzten Menschen in Wien, deren Leben durch den anhaltenden Krieg unmittelbar betroffen ist. Wir stehen mit unserer jüdischen Gemeinschaft, die Angst hat, zur Schule, zur Arbeit oder in die Synagoge zu gehen, weil antisemitische Hetze und Hass zunehmen, und wir stehen mit unseren muslimischen, arabischen und palästinensischen Gemeinschaften, die rassistischen Vorurteilen ausgesetzt sind und oft zu Unrecht beschuldigt werden, Terrorismus oder Antisemitismus zu unterstützen. Wir sind durch die gemeinsamen Auswirkungen dieser schrecklichen Ereignisse geeint und in unserer Trauer miteinander verbunden. Wir wollen uns verpflichten, Antisemitismus, Islamophobie und Rassismus durch gelebte Solidarität miteinander zu bekämpfen.»

*Treffpunkt jeden Sonntag um 17 h vor dem Museumsquartier, Mariahilferstrasse 2, 1070 Wien – solange dieser Krieg dauert.

Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org